

Angst und politische Einstellungen in Deutschland. Eine Analyse der öffentlichen Meinung zum Golfkrieg 1991

Zusammenfassung

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Der vorliegende Aufsatz geht der Frage nach, welche Wirkungen von kriegsbezogener Angst auf politische Einstellungen im Golfkonflikt 1990/91 ausgingen. Es kann gezeigt werden, dass Angst die Ablehnung der alliierten Intervention und des Einsatzes deutscher Truppen in der Türkei verstärkte. Angst begünstigte ebenfalls Zustimmung zum Standpunkt der SPD-Opposition sowie indirekt eine kritische Haltung zur Regierungspolitik. Zudem kann eine Moderatorwirkung von Angst nachgewiesen werden: Angst sorgte nicht für einen wachsenden Einfluss langfristig stabiler Orientierungen auf die Bewertung von politischen Akteuren, sondern stärkte die Wirkung von kurzfristigen, auf die Haltung politischer Akteure zum Golfkonflikt bezogenen Orientierungen. Die vom Golfkonflikt ausgelöste Angst beeinflusste also die Richtung von golfkriegsbezogenen Einstellungen und deren Wirkungen auf allgemeine Einstellungen zu politischen Akteuren.

Anxiety and political attitudes in Germany during the 1991 Gulf War

This article examines effects of anxiety aroused by the Gulf War in 1991 on political attitudes among German citizens. Building on several strands of previous research, I argue that anxiety affects attitudes toward policies concerning the war at the Gulf. I also contend that anxiety conditions the impact of war-related attitudes on more general attitudes toward political actors. The empirical analysis shows that anxiety decreases support for the US-led military intervention at the Gulf, sending German troops to Turkey and the German government's conduct during the Gulf crisis. At the same time, anxiety increases the impact of these war-related attitudes on general evaluations of political actors, thereby rendering the latter more responsive to political events.

1. Einleitung¹

„Angst machen lohnt sich“ resümierte Perger (2001) das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl 2001. Ronald Schill sei es gelungen, Angst vor Kriminalität und Ausländern zu schüren; in der Folge hätten viele Bürger aus Angst für Schills Partei gestimmt und ihm einen fulminanten Wahlerfolg beschert. Ähnlich argumentieren Politiker, die einander in Auseinandersetzungen über die äußere oder innere Sicherheit vorwerfen, mit der Angst von Bürgern Politik zu machen. Sie nehmen an, dass bestimmte Ereignisse, etwa Terroranschläge, in der Bevölkerung Angst auslösen, die politische Präferenzen von Bürgern beeinflusst: Aus Angst würden sie Maßnahmen unterstützen, die geeignet erscheinen, ihre Sicherheit zu gewährleisten, auch wenn damit rechtsstaatliche Errungenschaften preisgegeben würden. Dies machten sich Politiker, die diese Maßnahmen schon immer durchsetzen wollten, zunutze, indem sie in Zeiten um sich greifender Angst, ihre Forderungen mit besonderem Nachdruck erhöhen. Angst erscheint damit als ein Faktor, der die politische Meinungsbildung erheblich beeinflussen kann. Zugleich haftet ihr jedoch ein gewisser Hautgout an. Denn Angst ist, wie der Volksmund weiß, ein schlechter Ratgeber, da diese Emotion den Blick auf die Realität verstelle und dadurch einen rationalen Umgang mit Problemen erschwere (siehe dazu etwa Marcus et al. 2000: 12-27). Angst gilt demnach als mächtiger, aber verdächtiger Faktor in der Politik.

Die empirische Politikforschung hat bislang vergleichsweise wenige Erkenntnisse zur Rolle von Angst bei der politischen Meinungsbildung gesammelt. In der Psychologie wurde die Emotion Angst mit ihren Ursachen und Folgen aus verschiedenen theoretischen Perspektiven untersucht (siehe etwa Watson 1924; Sullivan 1964; Lazarus 1966, 1999; Eysenck 1968; Bowlby 1973; Seligman 1975; Bandura 1979). Dabei wurde unter anderem die Rolle von Medienberichterstattung für die Entwicklung von Angstgefühlen analysiert (siehe etwa Altheide 2002). Mit Blick auf Wirkungen wurde die die Rolle von Angst bei der Suchtprävention, beim Lernen und bei der Entstehung von Krankheiten untersucht (siehe etwa Beck 1967; Barth 2000). Von politischen Ereignissen ausgelöste Ängste und Besorgnisse wurden in Taxonomien und empirischen Analysen berücksichtigt (siehe etwa Levy/Guttman 1975, 1976). So liegen aus verschiedenen Ländern und unterschiedlichen historischen Phasen Arbeiten zu Angst vor einem Atomkrieg vor (z.B. Escalona 1963, 1975; Schwebel 1965; Goldenring/Doctor 1986; Boehnke et al. 1989, 1998; Poikolainen et al. 1998). Aber auch Ängste, die von (erwarteten) konventionellen Kriegen, Umweltbedrohung und anderen

¹ Ich danke den anonymen Gutachtern der PVS für wertvolle Anregungen.

politischen oder gesellschaftlichen Faktoren ausgehen, wurden untersucht (siehe etwa Levy/Guttman 1976; Kohr 1983; Schweigler 1985; Boehnke et al. 1991; Holst 1998; siehe auch Durkheim 1992). Soweit Wirkungen politischer Ängste betrachtet wurden, handelte es sich freilich meist um Konsequenzen für die psychische Entwicklung und Gesundheit der Untersuchungspersonen.² In einigen Arbeiten wurde Angst durchaus eine Bedeutung bei der Entwicklung politischer Orientierungen zugeschrieben. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang häufig nicht von politischen Ereignissen erzeugte Angst untersucht, sondern Angst, die in der Persönlichkeit von Menschen angelegt ist (siehe etwa Adorno et al. 1950; Christie/Jahoda 1954; Ray 1985). Nur in sehr wenigen Arbeiten werden Wirkungen politischer Ängste auf die politische Meinungsbildung oder politisches Verhalten betrachtet (siehe etwa Boehnke/Macpherson 1989; Huddy et al. 2003).

Der vorliegende Aufsatz sucht einen Beitrag zu leisten, diese Forschungslücke zu schließen. Er untersucht die Wirkung von Angst auf die öffentliche Meinung am Beispiel des Golf-Krieges 1991. Zunächst werden mögliche Effekte von Angst theoretisch diskutiert. Auf der Basis von unterschiedlichen Argumentationsmustern werden Hypothesen zu Wirkungen von Angst auf die Richtung politischer Einstellungen und auf die Art der individuellen Informationsverarbeitung entwickelt. Anschließend werden die theoretischen Erwartungen empirisch anhand von Umfragedaten aus dem Januar und Februar 1991 überprüft. Im Schlussabschnitt werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und diskutiert sowie Forschungsperspektiven aufgezeigt.

2. Angst und politische Orientierungen im Golfkrieg 1991 aus theoretischer Sicht

Am 2. August 1990 marschierten irakische Truppen in Kuwait ein, was schließlich in die Annexion von Kuwait mündete. Die internationale Gemeinschaft reagierte darauf zunächst mit diplomatischen Mitteln und wirtschaftlichen Sanktionen. Doch schon bald zeichnet sich eine Militärintervention ab. Am 8. August 1990 begannen die USA mit der Verlegung von Truppen in die Golfregion. Am 11. November 1990 stellte der UN-Sicherheitsrat mit Resolution 678 ein Ultimatum an den Irak, sich bis zum 15. Januar 1991 aus Kuwait zurückzuziehen; sollte der Irak dem Ultimatum nicht nachkommen, seien alle notwendigen Mittel, einen Rückzug des Iraks zu erzwingen, legitimiert. Am 12. Januar 1991 beschloss der US-Kongress, den Irak mit militärischen Mitteln aus Kuwait zu vertreiben. Am 16. Januar 1991, einen Tag nach dem Ultimatum, begann das internationale Militärbündnis unter

² Dies mag damit zusammenhängen, dass in diesen Arbeiten häufig Psychologen - und nicht Politikwissenschaftler – Kinder und Jugendliche untersuchten.

Führung der USA mit dem Luftkrieg gegen den Irak, am 24. Februar setzte der Bodenkrieg ein; am 27. Februar verkündete der amerikanische Präsident Bush eine Waffenruhe (vgl. Hottinger 1991; Rühl 1991; Kaiser/Becher 1992).

Der Konflikt am Persischen Golf löste in der deutschen Bevölkerung wie auch in anderen Gesellschaften erhebliche Ängste aus. Dabei handelte es sich um momentane, objektbezogene Angst. Diese state-Angst oder Zustandsangst wird in der Psychologie unterschieden von der trait-Angst, der Eigenschaftsangst, die situationsunabhängig Teil der individuellen Persönlichkeit eines Menschen ist (vgl. Spielberger 1966; Schwenkmezger 1985; siehe zum Merkmal „Neurotizismus“ in der Persönlichkeitspsychologie Borkenau/Ostendorf 1993: 27-28). Aus psychoanalytischer Perspektive handelte es sich nicht um neurotische oder moralische Angst, sondern um Realangst, da sie von äußeren Reizen ausgelöst wurde (vgl. etwa Becker/Nedelmann 1983).

Nicht alle Menschen reagieren gleichermaßen mit Angst auf Kriege und andere äußere Reize. Vielmehr scheinen persönliche Prädispositionen dabei wie auch bei der Verarbeitung von Angst eine wesentliche Rolle zu spielen. So haben Boehnke/Schwartz (1997) und Schwartz et al. (2000) darauf hingewiesen, dass persönliche Wertprioritäten die Aufmerksamkeit und die Bedrohungswahrnehmung steuern. Personen, die Selbsttranszendenz-Werten, also Universalismus und Benevolenz, einen hohen Stellenwert einräumen, verspüren vergleichsweise viel Angst infolge von Makrostressoren wie Krieg, während Menschen, für die persönliche Selbstverwirklichung im Vordergrund steht, mit relativ wenig Angst auf gesellschaftliche Bedrohungen reagieren, solange diese sie nicht unmittelbar betreffen. Daneben spielt eine Rolle, welche Vorstellung eine Person von einem Krieg und seinen Folgen hat (siehe etwa Yankelovich/Doble 1986; siehe aber auch Hamilton et al. 1986). Derartige Vorstellungen, Skripte und Schemata beeinflussen auch die weiteren Reaktionen auf Angst, wie die psychologische Forschung im Anschluss an Lazarus' (1966) einflussreiches Modell der Stressverarbeitung und den Informationsverarbeitungsansatz gezeigt hat. Ist beispielsweise eine Person überzeugt, dass der Einsatz von Militär die einzig erfolgsversprechende Möglichkeit sei, den Weltfrieden zu sichern, etwa weil sie Saddam Hussein für einen Wiedergänger Adolf Hitlers hält (siehe hierzu Palmbach/Kempf 1994), wird sie diesen anfangs angstausslösenden Krieg billigen und sich damit arrangieren. Lehnt sie dagegen Kriege generell als inhuman ab, etwa wegen bestimmter Wertorientierungen, vertraut nicht auf das richtige Handeln der Regierung und wähnt sich kompetent, Einfluss zu nehmen, dürfte sie etwa Demonstrationen gegen den Krieg organisieren. Diese wenigen Beispielen illustrieren die Rolle von Prädispositionen und Vorstellungsbildern bei der Entstehung und

Verarbeitung von Angst (siehe etwa Hamilton et al. 1986; Thearle/Weinreich-Haste 1986; Haste 1989; Keilin/Hamilton 1989; Solantaus 1989; Lazarus 1999).

Im vorliegenden Aufsatz können diese komplexen Prozesse nicht im Detail untersucht werden. Vielmehr sollen zwei mögliche Wirkungen von golfkriegsbezogener Angst auf politische Orientierungen in Deutschland untersucht werden. Erstens wird davon ausgegangen, dass Angst neben anderen Faktoren auf Einstellungen zum Geschehen am Golf und zur Golf-Politik der deutschen Parteien wirkt. Zweitens wird angenommen, dass Angst einen Einfluss darauf hat, in welcher Gewichtung diese sehr spezifischen Einstellungen zu Parteien einerseits und langfristige Parteiloyalitäten andererseits allgemeine Bewertungen von Parteien beeinflussen. Damit wird ein Angsteffekt formuliert, der sich auf Veränderungen in der Art der Informationsverarbeitung und Meinungsbildung bezieht. Ein Beispiel hierfür liefert Wilson (1973), der argumentiert, dass Furcht vor Ungewissheit zu einem rigiden Denkstil und damit zur Ausblendung neuer Informationen, die das eigene Weltbild gefährden könnten, führe (siehe auch Schumann 2001: 132).

Zur ersten Frage kann man unterschiedliche Hypothesen formulieren. Erstens könnte man vermuten, dass Angst die Zustimmung zur Regierungspolitik fördert. Diese *Pro-Regierungsthese* knüpft zum einen an der Beobachtung an, dass amtierende Regierungen in der öffentlichen Meinung von außenpolitischen Krisen profitieren (vgl. etwa Mueller 1973; Hetherington/Nelson 2003; Lai/Reiter 2005). Diese so genannten *rally-round-the-flag*-Effekte werden zum Teil darauf zurückgeführt, dass in Krisen kaum ein Mitglied der politischen Elite es wage, die Regierung zu kritisieren, weshalb die öffentliche Zustimmung zu dieser steige. Aus einer anderen Perspektive wird angeführt, Krisen sorgten für eine Zunahme des Patriotismus, der sich in einer wachsenden Unterstützung der Regierung und nicht zuletzt des Regierungschefs als Verkörperung der nationalen Einheit niederschlägt (vgl. etwa Lee 1977; Brody 1991; Zaller 1994). In beiden Argumentationsmustern könnte Angst eine Rolle spielen: In der ersten Erklärung könnte Angst dazu beitragen, dass Menschen in Krisenzeiten stärker als sonst auf Elite-Signale achten, die möglicherweise Vorstellungsbilder propagieren, die bestimmte Reaktionen auf Angst begünstigen; in der zweiten könnte Angst ein Faktor sein, der patriotische Gefühle weckt oder intensiviert. Zum anderen kann die Pro-Regierungsthese an die Autoritarismusforschung anknüpfen. Danach flüchten sich Menschen in Situationen von Verunsicherung und Angst in die Sicherheit Schutz bietender Instanzen (vgl. etwa Oesterreich 1996, 2005a, b). Die Funktion als Schutz bietende Instanzen können nicht zuletzt politische Eliteakteure übernehmen. In Krisenzeiten, etwa bei äußerer Bedrohung, dominiert die Regierung auf der Eliteebene das politische Geschehen, da sie Maßnahmen zur

Krisenbewältigung zu ergreifen sucht. Deshalb könnten Menschen, die Angst empfinden, Zuflucht bei der als Autorität angesehenen Regierung suchen und deren Politik verstärkt unterstützen (siehe auch Richter 1983).

Die *Parteihängerthese* postuliert dagegen, dass bei Parteianhängern infolge von Angst die Zustimmung zur Politik der „eigenen“ Partei steigt. Sie geht von der Überlegung aus, dass Bürger eine Regierung nicht zwangsläufig als vertrauenswürdige Autorität ansehen. Vielmehr können sie in Abhängigkeit von ihren politischen Prädispositionen bestimmten Parteien und deren Spitzenrepräsentanten vertrauen und diese als Autoritäten akzeptieren. Parteien können daher mit ihren Deutungsangeboten vor allem ihren Anhängern dabei helfen, sich in der alltagsfernen und komplexen Sphäre der Politik zurechtzufinden. Besitzt beispielsweise eine Person keine eigenständige Haltung zu einer Frage, kann sie auf die Position „ihrer“ Partei zurückgreifen (vgl. Campbell et al. 1954, 1960; Miller/Shanks 1996; Falter et al. 2000; Schoen/Weins 2005). Verunsicherung und Angst dürften das Orientierungsbedürfnis steigern, weshalb Parteianhänger unter Angst sich verstärkt ihrer Partei zuwenden sollten. Diese Vermutung steht im Einklang mit Befunden, die zeigen, dass *rally-round-the-flag*-Effekte bevorzugt unter Anhängern von Regierungsparteien auftreten (vgl. Edwards/Swenson 1997).

Die *Policy-These* lehnt die Annahme ab, dass Personen in Angst Schutz bei vertrauten Autoritäten suchen, ohne auf deren Policies zu achten. Stattdessen postuliert sie, dass Personen, die objektbezogene Angst empfinden, vor allem die Beseitigung der Quelle ihrer Angst wünschen. Diese Vermutung kann an Befunden anknüpfen, die zeigen, dass Angst die Überschätzung von Risiken begünstigt und risikoaverses Verhalten fördert (vgl. Lerner/Kelter 2000; Lerner et al. 2003). Beispielsweise scheint bei Amerikanern nach dem 11. September 2001 Angst die Unterstützung für amerikanische Militärschläge gemindert und risikovermeidendes Verhalten gefördert zu haben (vgl. Huddy et al. 2002, 2003, 2005; Schildkraut 2003). Auf die vorliegende Frage gemünzt, lässt die Policy-These erwarten, dass von militärischen Konflikten ausgelöste Angst die Zustimmung zur raschen Einstellung der Kampfhandlungen begünstigt.

Der zweite Typ von Angsteffekten bezieht sich auf die Art der Informationsverarbeitung. Einstellungen zu politischen Akteuren können generell als Mischung aus momentanen Eindrücken und langfristig stabilen Prädispositionen aufgefasst werden. Wie eine Person etwa einen Kanzlerkandidaten bewertet, hängt zum einen von seinen aktuellen Eindrücken von Auftreten, Aussehen und Handeln des Bewerbers ab, zum anderen von langfristigen Orientierungen, insbesondere seiner Parteiloyalität (vgl. etwa Brettschneider 2002). Nun soll diskutiert werden, wie Angst auf die Gewichtung dieser Faktorenbündel, ereignisspezifischer

Parteiorientierungen einerseits, Parteibindungen andererseits, bei der Erklärung genereller Einstellungen zu politischen Parteien wirken könnte.

Eine erste These knüpft an die Forschung zu kognitiver Rigidität an. Demnach führen Verunsicherung und Angst zu Schwarz-Weiß-Denken im Sinne bereits bestehender Orientierungen (vgl. etwa Wilson 1973; Schumann 1990, 2001: 130-142; siehe auch Cacioppo/Gardner 1999; Huddy et al. 2003). Eine zentrale und langfristig stabile Prädisposition in individuellen Einstellungssystemen ist die Parteiidentifikation. Parteibindungen leisten politische Komplexitätsreduktion und erleichtern es Personen, sich politisch zu orientieren. Das äußert sich etwa darin, dass Anhänger das Personal- und Programmangebot „ihrer“ Partei generell den Angeboten konkurrierender Parteien vorziehen (vgl. Campbell et al. 1954, 1960). Angst und Verunsicherung könnten das Bedürfnis nach Orientierung verstärken und das Denken in Schwarz-Weiß-Kategorien im Sinne tief verankerter Prädispositionen fördern (vgl. etwa Flohr 1967: 50). Soweit das zutrifft, sollte unter Angst der Einfluss von Parteibindungen auf die Bewertungen von politischen Akteuren zunehmen. Folglich dürfte Angst die Verteilung der parteipolitischen Präferenzen an die Verteilung langfristiger Dispositionen annähern und insofern zur Stabilisierung der politischen Kräfteverteilung beitragen.

Dieser *Stabilisierungsthese* kann man die *Destabilisierungsthese* entgegenhalten. Sie geht – gestützt auf neurowissenschaftliche Erkenntnisse – davon aus, dass Menschen sich an gewohnten Bewertungen orientieren, solange sie nicht Angst verspüren. Geraten sie jedoch in Angst, geben sie diese Gewohnheiten auf und suchen nach neuen Informationen, die es ihnen erlauben, ein eigenständiges und von ihren Gewohnheiten unabhängiges Urteil zu entwickeln (vgl. Vertzberger 1998; Marcus et al. 2000). Übertragen auf die Rolle von Parteibindungen für die individuelle Meinungsbildung heißt dies, dass Angst den Einfluss von Parteiidentifikationen auf parteibezogene Einstellungen reduzieren sollte. Dagegen sollten bei Angst aktuelle Informationen und Eindrücke eine größere Rolle bei der Bewertung von Parteien spielen (vgl. auch Marcus/MacKuen 1993; siehe auch Sullivan/Masters 1988). Dieses Argument sieht somit Angst als einen Faktor an, der Lernen auslöst, damit den Einfluss von Loyalitäten schmälert und am Ende diese selbst ändern kann. Insofern steht es im Einklang mit der viel zitierten Behauptung von Campbell et al. (1960: 151): „only an event of extraordinary intensity can arouse any significant part of the electorate to the point that its established political loyalties are shaken.“ Nicht zuletzt Kriege und andere nationale Krisen seien, so die Autoren, dazu in der Lage. Die Ursachen für die herausragende Rolle von Krisen und Kriegen diskutieren Campbell et al. (1960) nicht eingehend, doch könnte Angst, die von

diesen Ereignissen ausgelöst wird, der Schlüssel sein, wenn die Destabilisierungsthese empirisch gültig wäre.

Aus diesen Überlegungen können konkrete Hypothesen zur Wirkung von Angst auf die politischen Orientierungen der Deutschen im Golfkrieg 1991 abgeleitet werden. Dazu ist es erforderlich, zunächst die Positionen der verschiedenen deutschen Akteure in diesem Konflikt kurz darzustellen. Die deutsche Politik war in diesen Konflikt in verschiedener Weise involviert. In der ersten Phase des Konfliktes protestierte sie mit der Weltgemeinschaft gegen die irakische Invasion und beteiligte sich an den wirtschaftlichen Sanktionen. Wie die anderen NATO-Mitglieder wurde Deutschland von den USA um Unterstützung bei einer möglichen militärischen Intervention gebeten; besondere Brisanz besaß diese Frage, weil militärische Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes für die Bundesrepublik seit 1945 tabu waren. Die Bundesregierung lehnte eine Truppenentsendung ab, unterstützte die Militärintervention jedoch politisch, logistisch und finanziell. Zudem entsandte sie Minenräumboote in das Mittelmeer und im Rahmen der Allied Mobile Force Air Kräfte in die Türkei (vgl. etwa Kaiser/Becher 1992; Oldhaver 2000).

Innenpolitisch wurden der Golfkonflikt und die Haltung Deutschlands dazu heftig diskutiert. Differenzen sind bereits innerhalb der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP zu erkennen. In CDU und CSU plädierten einige Stimmen für einen deutschen Militärbeitrag, manche sogar, ohne eine Grundgesetzänderung für notwendig zu erachten; besonders forsch zeigten sich dabei Politiker der CSU. Auch die FDP unterstützte die Irak-Koalition unter Führung der USA, setzte jedoch generell stärker auf diplomatische Mittel der Konfliktbeilegung und zeigte sich in Bezug auf deutsche militärische Beiträge wesentlich zurückhaltender als Teile der Union. Die von der Bundesregierung beschlossene Entsendung von Minenräumschiffen sowie deutscher Soldaten in die Türkei stieß in FDP-Reihen auf deutliche Kritik. Die SPD lehnte die finanzielle Unterstützung der Intervention sowie die Entsendung deutscher Soldaten ins Mittelmeer und in die Türkei ab und trat nach Beginn des Militäreinsatzes lange Zeit für einen bedingungslosen Waffenstillstand ein. Dieser pazifistische Kurs wurde allerdings nicht von allen Politikern mitgetragen; vor allem in der Bundestagsfraktion sowie unter Außen- und Sicherheitspolitikern waren andere Einschätzungen zu vernehmen. Nach dem Golfkrieg gewann diese pragmatische Position deutlich an Zuspruch, was in die Öffnung der SPD für Grundgesetzänderungen, die Out-of-area-Einsätze erlauben, mündete. Die (westdeutschen) Grünen, die seit der Bundestagswahl im Dezember 1990 nicht im Bundestag vertreten waren, verfochten eine pazifistische Haltung: Sie lehnten den Militärschlag der Irak-Koalition ab, sprachen sich gegen jegliche

finanzielle oder militärische deutsche Unterstützung für diese Intervention aus und forderten Soldaten zur Desertion auf. Damit repräsentierten sie – gemeinsam mit der PDS – im Parteienspektrum die Position der Friedensbewegung (vgl. etwa Oldhaver 2000).

Geht man von der Policy-These aus, ist erstens anzunehmen, dass Kriegsangst eine ablehnende Position zu der Irak-Intervention begünstigte. Zweitens sollte sie die Zustimmung zur Regierungspolitik geschmälert, jene zur Oppositionspolitik dagegen gesteigert haben. Diese Vermutung lässt sich weiter differenzieren: Für die Politik der CDU, vor allem aber der CSU sollten deutliche negative Effekte nachzuweisen sein, für die FDP-Politik wegen deren grundsätzlicher Unterstützung der Intervention bei gleichzeitigem Plädoyer für diplomatische Mittel keine Wirkung. Dagegen ist für die SPD-Haltung, vor allem aber für die Position der Grünen eine positive Wirkung von Kriegsangst zu erwarten. Sollte die Pro-Regierungsthese gelten, wäre dagegen mit einem positiven Effekt von Angst auf die Bewertung der Regierungspolitik zu rechnen; im Umkehrschluss müsste die Zustimmung zur regierungskritischen Opposition infolge von Angst nachlassen. Die Parteianhängerthese geht von einer positiven Wirkung von Angst auf die Bewertung der Golfpolitik einer Partei durch deren Anhänger aus. Die Stabilisierungsthese geht davon aus, dass Angst den Einfluss von Parteibindungen auf die generalisierte Zufriedenheit mit Regierung und Opposition sowie allgemeine Bewertungen der Parteien steigert. Nach der Destabilisierungsthese sollten Menschen, die Angst empfinden, aktuelle, golfkriegsbezogene Eindrücke von den politischen Akteuren bei deren genereller Bewertung stärker gewichten.

Diese Hypothesen sind mit mehreren Implikationen verbunden. Sollte die Parteianhängerthese zutreffen, würden sich die zwischenparteilichen Kräfteverhältnisse in der öffentlichen Meinung infolge von Angst der Verteilung langfristiger Parteiloyalitäten annähern. Die Pro-Regierungsthese lässt einen angstbedingten Anstieg der Zustimmung zur Regierungspolitik und einen Popularitätsgewinn der Regierungsparteien erwarten, der bei Gültigkeit der Destabilisierungsthese größer ausfallen dürfte als im Falle der Stabilisierungsthese, nach der momentane Ausschläge in der öffentlichen Meinung von Angst gedämpft werden. Die Policy-These spricht im vorliegenden Fall genau spiegelverkehrt für einen Popularitätsgewinn der kriegskritischen Opposition, dessen Ausmaß im Falle der Destabilisierungsthese beträchtlich sein dürfte. Aus den verschiedenen Hypothesen resultieren unterschiedliche Anreize für die politischen Akteure ihre Golfpolitik zu ändern: Im Falle der Parteianhängerthese würde Angst die Politik keiner Partei restringieren; die Pro-Regierungshypothese spricht dafür, dass Angst der Opposition ein Signal gibt, ihre Kritik an der Regierungspolitik einzustellen. Nach der

Policy-These hätte Angst 1991 den Regierungsparteien einen Anreiz gegeben, in ihrer Außenpolitik verstärkt auf diplomatische und weniger auf militärische Mittel zu setzen.

3. Daten und Operationalisierungen

Die empirische Analyse stützt sich auf Daten, die im Rahmen der Politbarometer-Befragungen mittels telefonischer Interviews zwischen dem 21. und 24. Januar 1991 sowie zwischen dem 11. und 14. Februar 1991 unter Westdeutschen³ erhoben wurden. Die Interviews wurden also nach dem Beginn des Luftkrieges (16.1.1991) und vor der Bodenoffensive am Golf (24.2.1991) geführt. Die Daten werden getrennt für Januar und Februar 1991 ausgewertet, da wegen des veränderten politischen Kontexts unterschiedliche Ergebnisse resultieren könnten; für die getrennte Analyse spricht zusätzlich das Fehlen einiger relevanter Variablen in der Januar-Erhebung.

Die zentrale unabhängige Variable Angst wird mit folgender Frage erhoben: „Wenn Sie an den Krieg am Golf denken, empfinden Sie dann persönlich Angst oder empfinden Sie keine Angst?“. Diese Formulierung scheint prinzipiell gut geeignet, vom Golfkrieg ausgehende Angst zu erfassen. Allerdings wäre eine graduelle Abstufung der Angstangaben wünschenswert gewesen. Zudem ist nicht auszuschließen, dass die Ein-Indikatoren-Messung mit der reaktiven Interviewmethode zu Meßfehlern führt (siehe etwa Spielberger et al. 1970; Laux et al. 1981; Watson et al. 1988; Keilin/Hamilton 1989).

Die Bewertung der Militärintervention wurde erhoben, indem – auf den Zeitpunkt des Interviews abgestimmt – danach gefragt wurde, inwieweit der Respondent mit dem militärischen Eingreifen der alliierten Streitkräfte unter Führung der USA einverstanden sei. Analog wurde gefragt, ob die Respondenten die Entsendung und den Einsatz deutscher Truppen zur Verteidigung der Türkei befürworteten. Zudem wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie mit der Golf-Politik von Regierung und Bundestagsopposition einverstanden seien. Diese Merkmale dienen als abhängige Variablen im ersten Teil der Analyse. Um die allgemeine Bewertung von Parteien zu messen, die zur Prüfung der Moderatorthesen erforderlich ist, verwenden wir die gängigen Sympathieskalometer. Die Parteiidentifikation wird mit der Standardfrage gemessen; daraus werden Dummy-Variablen für die einzelnen Parteien gebildet. Die generelle Zufriedenheit mit der Politik von Regierung

³ Ostdeutsche Befragte können nicht untersucht werden, da einige zentrale Variablen in den neuen Bundesländern nicht erhoben wurden. Die Daten sind beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln unter der Datensatznummer 2102. Selbstverständlich tragen weder die Primärforscher noch das Zentralarchiv irgendeine Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

und Bundestagsopposition wird gemessen mit Fragen, die es den Respondenten gestatten ihre Zufriedenheit auf einer 11er Skala anzugeben. In die Zusammenhangsanalysen werden zusätzlich Kontrollvariablen einbezogen, nämlich Geschlecht, Alter und formale Bildung. Diese soziodemographischen Merkmale spielen im Zusammenhang mit außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen eine wichtige Rolle (vgl. etwa Rattinger 1990; Holsti 2004: 196-224). Beispielsweise scheinen Frauen den Einsatz von Waffen vergleichsweise stark abzulehnen (vgl. etwa Eichenberg 2003); ebenso scheinen heutzutage in Deutschland junge und hoch gebildete Menschen dem Einsatz militärischer Mittel eher skeptisch gegenüberzustehen (siehe zu den Operationalisierungen den Anhang).

4. Empirische Befunde

Die militärischen Auseinandersetzungen am Persischen Golf sorgten bei den Westdeutschen für erhebliche Angst. Im Januar, kurz nach dem Beginn des Luftkrieges, gaben knapp zwei Drittel der Befragten an, sie verspürten Angst wegen des Golfkrieges. Im zweiten Drittel des Februars antworteten immer noch deutlich über die Hälfte, sie hätten Angst. Der Golfkrieg war also ein politisches Ereignis, das viele Westdeutsche emotional nicht kalt ließ und in Angst versetzte. Zugleich befürworteten im Januar 1991 gut 75 Prozent die militärische Intervention und im Februar immer noch gut zwei Drittel der Befragten. Angesichts dieser Aggregatkonstellation scheint wenig für die Policy-These zu sprechen. Denn sie hätte erwarten lassen, dass ein abnehmendes Angstgefühl mit einer wachsenden Unterstützung für den Militäreinsatz einhergeht – empirisch ist aber gerade das entgegen gesetzte Muster aufgetreten. Allerdings handelt es sich bei dieser Beobachtung nur um einen Aggregatbefund, der nur wenig über die Zusammenhänge auf der Individualebene aussagen kann. Sie sollen nun analysiert werden.

4.1 Zur Wirkung von Angst auf die Bewertung der Golfpolitik

In einem ersten Schritt untersuchen wir, ob die vom Golfkrieg ausgehende Angst die Einstellungen zur Golfpolitik beeinflusst haben. Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, spielen die Kontrollvariablen dabei durchaus eine eigenständige Rolle. Grosso modo scheint ein Alter unter siebzig Jahren eine positive Haltung zu dem Kriegseinsatz der alliierten Streitkräfte wie auch zu einem möglichen Engagement der Bundeswehr zur Verteidigung des NATO-Partners Türkei zu begünstigen. Dagegen scheint das weibliche Geschlecht die Skepsis zu beiden

Militäreinsätzen zu stärken. Eine hohe formale Bildung scheint im Sinne eines *enlightenment*-Modells (vgl. Gamson/Modigliani 1966) die Unterstützung zum US-Einsatz zu schwächen, allerdings nur im Januar in statistisch signifikantem Maße.

Parteibindungen wurden ebenfalls als Kontrollvariablen einbezogen, da sich die Anhänger verschiedener Parteien in politischen Prädispositionen unterscheiden, die die Entstehung von Kriegsangst wie auch die Haltung zu außenpolitischen Entscheidungen beeinflussen können. Eine Bindung an eine der Unionsparteien steigert deutlich die Unterstützung für die alliierte Intervention am Golf und für den Vorschlag, deutsche Soldaten in die Türkei zu entsenden, um den NATO-Partner zu verteidigen. Eine FDP-Identifikation begünstigt ebenfalls eine positive Meinung zum Kriegseinsatz unter US-Führung. Jedoch bleibt sie ohne positive Wirkung auf die Haltung zum etwaigen Einsatz deutscher Soldaten zur Verteidigung der Türkei. Das mag einerseits an der relativen Kakophonie der FDP-Politiker zu Auslandseinsätzen deutscher Soldaten, andererseits an den außenpolitischen Überzeugungen der FDP-Anhänger liegen. Eine Bindung an die SPD begünstigt tendenziell eine skeptische Haltung zu beiden Arten von Militäreinsätzen. Eine Identifikation mit den Grünen macht es dagegen erheblich wahrscheinlicher, dass sich ein Respondent zu beiden Fragen negativ äußert. Dies kann angesichts der Wurzeln der Grünen in der Friedensbewegung der siebziger und achtziger Jahre nicht erstaunen.

- Tabelle 1 etwa hier -

Angst sollte laut Policy-These unter Kontrolle anderer relevanter Merkmale die Skepsis gegenüber dem Golfkrieg sowie zu einem Einsatz der Bundeswehr in der Türkei wachsen lassen. Für den Einsatz der Alliierten am Golf lässt sich im Januar ein tendenzieller und im Februar ein statistisch signifikanter negativer Effekt nachweisen. Er ist von erheblicher substantieller Bedeutung. Betrachtet man etwa Personen ohne Parteibindung und Anhänger sonstiger Parteien im Februar 1991, so steigt – hält man alle anderen Variablen konstant – beim Wegfall von Kriegsangst die Wahrscheinlichkeit, der Golf-Intervention unter Führung der USA zuzustimmen, um zehn Prozentpunkte (vgl. Tabelle 2). Auch bei Anhängern von Union, SPD, FDP und Grünen sind Effekte von Angst auf die Haltung zur Irak-Intervention festzustellen, wenngleich sie speziell im Fall der Grünen nicht derart stark ins Gewicht fallen wie bei der zuerst genannten Gruppe.

Angst beeinflusst auch die Haltung zum Einsatz deutscher Truppen bei einem irakischen Angriff auf die Türkei. Im Januar lässt Angst – *ceteris paribus* – die Zustimmung unter den

Anhängern aller Parteien um sechs bis zehn Prozentpunkte sinken. Einen noch deutlich stärkeren Effekt entfaltet Angst im Februar 1991. Nun steigert das Fehlen von Angst die Wahrscheinlichkeit, mit einem Einsatz deutscher Soldaten zur Verteidigung der Türkei einverstanden zu sein, in allen Gruppen um beinahe 20 Prozentpunkte. Nur bei den Anhängern der Grünen ist der Angst-Effekt wie bereits im Januar mit sieben Prozentpunkten merklich schwächer, allerdings immer noch von erheblicher Bedeutung (vgl. Tabelle 2).

Bis hierher spricht die empirische Evidenz gegen die Pro-Regierungsthese und für die Policy-These. Träfe diese zu, müsste Angst zusätzlich eine positive Bewertung der Oppositionspolitik begünstigen. Wie Tabelle 3 zu entnehmen ist, wirkt Angst auf die Bewertung der SPD-Haltung deutlich positiv. Dieser Effekt tritt – dies zeigt Spalte 4 in Tabelle 3 – selbst unter Kontrolle der Einstellung zu den Militäreinsätzen am Golf auf. Angst beeinflusst folglich nicht nur über diese policy-bezogenen Einstellungen die Haltung zur SPD-Politik, sondern zusätzlich unabhängig davon – vermutlich über hier nicht betrachtete Vermittlungsmechanismen – das Urteil über die SPD-Haltung zum Golfkonflikt. Eine Rolle könnte hierbei spielen, dass SPD-Politiker allgemeine pazifistische, antimilitaristische Sentiments und Ängste ansprachen, die nicht unmittelbar mit der Bewertung der beiden Militäreinsätze zusammenhängen. Quantitativ betrachtet, fällt der direkte Angsteffekt durchaus ins Gewicht: Bei Personen ohne Parteibindung oder mit einer Bindung an eine sonstige Partei steigert Angst die Zustimmung zur SPD-Haltung von 29 % auf 38%. Unter SPD-Anhänger von 53% auf 63%, unter Unionsanhängern immerhin von 17% auf 24%, in den Reihen der FDP-Anhänger von 23% auf 31% und unter Anhängern der Grünen von 31% auf 40%.

- Tabelle 2 und 3 etwa hier -

Die Frage nach den Wirkungen von Angst auf die Bewertung der Politik der Grünen im Golfkonflikt können wir nicht direkt untersuchen, da in den vorliegenden Erhebungen nicht nach der Haltung der Grünen zu diesem Thema gefragt wurde. Stattdessen verwenden wir als Proxy-Variable die Sympathiebewertung der Grünen. Da es sich dabei um eine Orientierung handelt, die logisch weiter von der ereignisbezogenen Angst entfernt ist als die Bewertung der Golfpolitik, sollten hier schwächere Effekte von Angst auftreten; insofern handelt es sich um eine konservative Schätzung der Wirkung. Empirisch erreicht der Effekt im Januar nicht ganz die Signifikanzschwelle ($b = 0,04$; $p = 0,061$), überwindet sie aber im Februar ($b = 0,05$; $p = 0,014$). Kriegsangst begünstigt also eine positive Bewertung der Grünen, und zwar um 0,05

Punkte bei einem Wertebereich von 0 bis 1.⁴ Insgesamt findet die Policy-These auf der Oppositionsseite somit deutliche Unterstützung, während die Pro-Regierungsthese scheitert. Auf der Regierungsseite wird die Pro-Regierungsthese ebenfalls widerlegt, da der von ihr implizierte positive Effekt von Angst auf die Bewertung der Regierungspolitik nicht nachweisbar ist. Angst bleibt ohne direkte Wirkung auf die Haltung zur Regierungspolitik im Golfkonflikt. Allerdings beeinflusst die Einstellung zum Einsatz der Alliierten und der Bundeswehr am Golf das Urteil über die Regierungspolitik; und diese Einstellung ist ihrerseits, wie im vorangegangenen Analyseschritt gezeigt, von Angst beeinflusst. Zumindest indirekt mindert Angst somit die Zustimmung zur Politik der Bundesregierung im Golfkonflikt. Gleichwohl kann man von keiner überzeugenden Unterstützung für die Policy-These sprechen. Das gleichzeitige Scheitern beider Thesen auf der Regierungsseite könnte damit zusammenhängen, dass in einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Wirkungen auftraten, die sich in einer Analyse der Gesamtbevölkerung wechselseitig neutralisierten, was mit den vorliegenden Daten jedoch nicht geprüft werden kann.⁵

Die Parteilicherthese scheitert ebenfalls an der empirischen Evidenz. Denn wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, geht von Angst kein positiver Effekt auf die Bewertung der Regierungspolitik durch Regierungsanhänger aus, ebenso wenig steigert sie unter SPD-Anhängern systematisch die Zustimmung zur Haltung der SPD im Golfkonflikt.⁶

- Tabelle 4 etwa hier -

Die Wirkung von Angst auf die politischen Einstellungen zur Golfpolitik entspricht somit in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle dem Policy-Modell, während die beiden anderen Thesen scheitern. Angst mindert die Zustimmung zur Militärintervention und zur Haltung der Bundesregierung, die diese Politik unterstützt, während sie die Zustimmung zur SPD-Haltung und zu den Grünen steigert. Folglich kann die Regierung in einer Krise nicht davon ausgehen, dass Menschen sie allein aus Angst unterstützen; im Gegenteil, scheint Angst vor dem Golfkrieg die Unterstützung der Regierungspolitik gemindert zu haben und, soweit die

⁴ Dazu wurden lineare Regressionsanalysen gerechnet, die nur bedingt unmittelbar mit den Ergebnissen von logistischen Regressionsmodellen verglichen werden können.

⁵ Das Ausbleiben einer negativen Wirkung von Angst auf das Urteil über die Regierungspolitik könnte auch in der Heterogenität der Regierung begründet liegen: Angst könnte ein negatives Urteil über die Leistung der Unionsparteien begünstigen, hingegen ein eher positives über die FDP-Leistung, so dass für die Regierung insgesamt in der Summe ein Nicht-Effekt von Angst resultierte. Diese Vermutung kann mangels geeigneter Indikatoren nicht direkt geprüft werden. Eine Analyse, die Sympathiewerte für die drei Parteien als Proxy-Variablen für die Zustimmung zu deren Golfpolitik verwendet, unterstützt die Vermutung nur tendenziell.

⁶ Beschränkt man die Analysen in Tabelle 1 jeweils auf Regierungs- bzw. Oppositionsanhänger, lässt sich in keinem Fall ein signifikanter Koeffizient im Sinne der Parteilicherthese nachweisen.

Regierung in der Außenpolitik auf die öffentliche Meinung achtete, ihren Handlungsspielraum eingeschränkt zu haben.

4.2 Zur Wirkung von Angst als Moderatorvariable

Im nächsten Schritt soll nun gefragt werden, ob Angst einen Einfluss darauf hat, inwieweit diese auf den Golfkonflikt bezogenen Bewertungen politischer Akteure allgemeine Urteile über diese Akteure beeinflussen. Führt Angst dazu, dass Menschen sich verstärkt an diesen auf den Golfkonflikt bezogenen Einstellungen orientieren, wenn sie Regierung, Opposition und Parteien generell beurteilen, oder schwächt Angst die Wirkung dieser momentanen und spezifischen Eindrücke eher ab und stärkt den Einfluss langfristig stabiler Orientierungen? Um dies zu prüfen, wird untersucht, ob die Wirkung von Parteibindungen und der aktuellen Bewertung der Regierungspolitik und der SPD-Haltung zum Golfkrieg auf die generelle Zufriedenheit mit Regierung und Opposition sowie auf die Sympathie für die Parteien mit dem Vorhandensein von Angst variiert.

Um die postulierten Moderatorwirkungen zu prüfen, werden Interaktionsterme gebildet, indem die Angstvariable mit den Parteibindungs- bzw. Bewertungsvariablen multipliziert werden. Bei der Interpretation von Interaktionstermen ist folgendes zu beachten (vgl. Jaccard 2001; Braumoeller 2004). Wird in der empirischen Analyse einem solchen multiplikativen Term ein statistisch signifikanter Koeffizient zugewiesen, kann eine Moderatorwirkung festgestellt werden. Er indiziert eine Verstärkung des Effekts der jeweiligen substantiellen Prädiktorvariable, wenn er in dieselbe Richtung weist wie deren Haupteffekt; hingegen zeigt er eine Abschwächung des Effekts an, wenn er nicht das gleiche Vorzeichen wie der entsprechende Haupteffekt besitzt. Die Haupteffekte geben die Wirkung der jeweiligen Einstellung unter den Personen ohne Angst wieder; der korrespondierende Effekt für die Personen mit Angst ergibt sich durch Addition des Haupteffekts und des jeweiligen Interaktionseffekts.⁷

In der empirischen Evidenz finden sich einige tendenzielle Zusammenhänge, die für die Stabilisierungsthese sprechen. Denn in einigen Fällen ist der Parteibindungseffekt bei Angst statistisch signifikant, nicht jedoch ohne Angst (siehe Tabelle 5). So ist die positive Wirkung der FDP-Identifikation auf die Zufriedenheit mit der Regierungskoalition sowie auf die Bewertung der CSU nur unter Menschen, die Angst verspüren, signifikant von null

⁷ Analysen mit Interaktionstermen sind häufig mit erheblichen Multikollinearitätsproblemen behaftet. Im vorliegenden Fall überschreiten die einschlägigen Teststatistiken jedoch nicht die kritischen Werte, so dass die Analyse in dieser Hinsicht unproblematisch ist.

verschieden.⁸ Gleiches gilt für die negativen Effekte einer Identifikation mit SPD auf die CDU-Sympathie⁹ sowie die negativen Wirkungen einer affektiven Bindung an die Grünen auf die Sympathie für CDU und CSU.¹⁰ Allerdings handelt es sich dabei nur um Tendenzen und nicht um echte Effekte, so dass sie nicht dazu beitragen können, die Hypothese empirisch zu bestätigen.¹¹

Lediglich in einem einzigen Fall wird einem der Interaktionsterme zur Parteiidentifikation ein statistisch signifikanter Koeffizient zugeordnet: Bei Angst wirkt eine SPD-Identifikation deutlich positiver auf die Bewertung der FDP, als wenn ein Befragter angibt, beim Gedanken an den Golfkrieg keine Angst zu verspüren. Dieses Ergebnisse dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass die FDP innerhalb der Regierung im Golfkonflikt für diplomatische Mittel und den Verzicht auf militärische Mittel plädierte, was vielen SPD-Anhängern, die wegen des Krieges Angst verspürten, sympathisch gewesen sein dürfte. Bezogen auf unsere Frage bedeutet dieser Interaktionseffekt eine Schwächung der negativen Wirkungstendenz einer SPD-Bindung auf die Sympathie für die FDP. Soweit Angst den Einfluss von Parteibindungen überhaupt signifikant beeinflusst, schwächt sie deren Wirkung auf die Bewertung von politischen Akteuren. Die Stabilisierungshypothese muss daher verworfen werden.

- Tabelle 5 etwa hier -

Für die Destabilisierungsthese finden sich in der empirischen Evidenz durchaus Anhaltspunkte. Zunächst gibt es einige Fälle, in denen unter Angst signifikante Effekte der golfkriegsbezogenen Eindrücke auftreten, nicht aber ohne Angst. So wirkt eine positive Bewertung der SPD-Haltung im Golfkonflikt auf die CDU-Sympathie nur bei Angst signifikant negativ ($b = -0,07$; $p = 0,009$). Eine positive Bewertung der Regierungspolitik steigert wiederum nur unter Angst signifikant die Sympathie für die CSU ($b = 0,12$; $p =$

⁸ Die Logitkoeffizienten betragen im Einzelnen: Regierung: $b = 0,15$; $p = 0,000$; CSU: $b = 0,14$; $p = 0,003$.

⁹ $b = -0,14$; $p = 0,000$.

¹⁰ CDU: $b = -0,17$; $p = 0,001$; CSU: $b = -0,14$; $p = 0,006$.

¹¹ Darüber hinaus findet sich bei liberaler Interpretation auch ein hypothesenkonträrer Befund: Der negative Effekt einer SPD-Identifikation auf die Zufriedenheit mit der Regierungskoalition ist nur unter Personen, die keine Kriegsangst angeben, signifikant von null verschieden. Hierzu könnten die diplomatisch-konzilianten FDP-Teile der Bundesregierung beigetragen haben; für diese Interpretation sprechen auch die entgegen gesetzten Vorzeichen der Interaktionseffekte der SPD-Identifikation bei der Sympathie für CDU und CSU einerseits und FDP andererseits.

Ebenfalls entfaltet eine Bindung an die Grünen nur unter Menschen, die keine Angst verspüren, eine positive Wirkung auf die Bewertung der SPD-Opposition. Dies könnte daran liegen, dass Angst manchem pazifistisch gesinnten Grünen-Anhänger die zum Teil uneinheitlich lavierende Haltung der SPD unangemessen erscheinen ließ.

0,000). Diese Befunde sprechen zwar für die Verstärkung der Effekte momentaner Eindrücke, doch handelt es sich nur um Tendenzen und keine echten Effekte.

Allerdings können auch statistisch signifikante Interaktionseffekte zugunsten der Destabilisierungshypothese nachgewiesen werden. Der Einfluss einer positiven Bewertung der Regierungspolitik auf die SPD-Sympathie schwächt sich unter Angst signifikant ab. Die Sympathie für die Grünen wird ohne Angst von einem positiven Urteil über die Regierungspolitik zum Golfkonflikt tendenziell positiv beeinflusst. Angst verändert diesen Zusammenhang massiv: nun wirkt Zustimmung zur Regierungspolitik deutlich negativ auf die Bewertung der Grünen ($b = -0,06$; $p = 0,023$). Spiegelbildlich dazu ändert Angst die Wirkung der Bewertung der SPD-Politik signifikant: Bei Personen ohne Angst bleibt sie praktisch ohne Einfluss, während bei Personen, die Angst verspüren, eine positive SPD-Bewertung das Urteil über die CSU substantiell verschlechtert ($b = -0,07$; $p = 0,006$). Die empirische Evidenz spricht somit zwar nicht durchgängig, aber doch in überzufällig vielen Fällen für die Vermutung, Angst stärke den Einfluss von auf die Golfpolitik bezogenen Orientierungen auf generelle Bewertungen von politischen Akteuren.

Ein signifikanter Interaktionseffekt spricht auf den ersten Blick jedoch gegen die Destabilisierungsthese. In der Analyse der Bewertung der Haltung der SPD-Opposition zeigt sich, dass Menschen ohne Angst, die die SPD-Haltung zum Golfkonflikt befürworten, die Arbeit der SPD-Opposition um 0,17 Punkte besser bewerten als solche, die die Haltung der Sozialdemokraten zu dieser Frage ablehnen. Bei Menschen, die Angst äußern, ist ebenfalls ein statistisch signifikanter positiver Effekt nachzuweisen, doch ist er mit 0,07 erheblich schwächer. Diese abschwächende Wirkung könnte darin ihre Ursache haben, dass bei der Frage nach der Zufriedenheit nach „den Leistungen der SPD in der Opposition in Bonn“ gefragt wird, nicht aber nach der SPD insgesamt. Die Formulierung erscheint insofern relevant, als die Bundestagsfraktion, und hier nicht zuletzt die in außen- und sicherheitspolitischen Fragen maßgeblichen Politiker, vergleichsweise zurückhaltend und pragmatisch agierte und emotional-pazifistische Strömungen schwächer ansprach als andere Teile der Partei. Personen, die der SPD-Haltung zustimmten und Angst empfanden, also vom Golfkrieg stark emotional involviert und daher für emotional-pazifistische Aussagen besonders empfänglich waren, könnten daher von der Leistung der Bonner SPD-Fraktion weniger überzeugt gewesen sein als Menschen, die die SPD-Haltung unterstützten, aber keine Angst empfanden.¹² Das empirische Ergebnis könnte daher von den vorliegenden Indikatoren

¹² Zudem erscheint es nicht ausgeschlossen, dass einige Befragte mit dem Wort „Bonn“ die Bundesregierung assoziierten und daher trotz ihrer Zustimmung zum SPD-Kurs nicht immer eine große Zustimmung zur Arbeit der Bonner Opposition äußerten.

verursacht sein. Obgleich dies nicht empirisch überprüft werden kann, legt es diese begründete Vermutung nahe, diesen kontraintuitiven Befund nicht überzubewerten.

Insgesamt spricht die Evidenz dafür, dass Angst 1991 nicht nur die Ausprägung politischer Einstellungen zum Golfkonflikt und zum Verhalten politischer Akteure darin beeinflusste, sondern auch eine Wirkung darauf hatte, mit welchem Gewicht diese Eindrücke in generelle Urteile über politische Akteure einfließen: Wenn jemand Angst empfand, gewichtete er bei der Bewertung von Parteien momentane ereignisbezogene Eindrücke von diesen stärker. Im Golfkonflikt 1991 scheinen daher politische Akteure, die gegen Militäreinsätze opponierten, von Angst auf zweierlei Wegen profitiert zu haben: Zum einen begünstigte Angst eine positive Bewertung ihrer Haltung zum Golfkonflikt und eine negatives Urteil über die Regierungspolitik, zum anderen verstärkte sie die Wirkung dieser Eindrücke auf allgemeine Einstellungen zu politischen Akteuren. Vom Golfkonflikt ausgelöste Angst begünstigte damit Verschiebungen in der öffentlichen Meinung zu Parteien und anderen politischen Akteuren, die den Militäreinsatz ablehnten. Sie könnte damit der Regierung einen Anreiz geboten haben, eine Politik zu verfolgen, die stärker auf diplomatische als militärische Mittel setzt.

5. Schluss

Der vorliegende Aufsatz geht der Frage nach, welche Wirkungen von Angst auf politische Einstellungen im Zusammenhang mit dem Golfkonflikt 1990/91 ausgehen. Es wurden mehrere Hypothesen entwickelt und sekundäranalytisch mit Politbarometerdaten überprüft. Es konnte gezeigt werden, dass Angst die Ablehnung der alliierten Intervention und des Einsatzes deutscher Truppen in der Türkei verstärkte. Vermittelt über diese Wirkung, sorgte golfkriegsbezogene Angst auch für eine schlechte Bewertung der Regierungspolitik in diesem Konflikt, während sie eine positive Bewertung der SPD-Haltung begünstigte. Darüber hinaus konnte eine Moderatorwirkung von Angst nachgewiesen werden: Angst steigerte nicht den Einfluss langfristig stabiler Orientierungen auf die Bewertung von politischen Akteuren, sondern stärkte im Gegenteil die Wirkung von kurzfristigen, auf die Leistung im Golfkonflikt bezogenen Orientierungen. 1991 dürfte daher die Opposition von der Angst doppelt profitiert haben: Angst begünstigte eine positive Haltung zur Politik der SPD – und wohl auch zur Position der Grünen –, und verstärkte die Wirkung dieser ereignisspezifischen Einstellungen auf die allgemeine Bewertung der Parteien. Die Regierungsseite musste dagegen angstbedingte Zustimmungseinbußen hinnehmen, die man als Anreiz auffassen kann, eine stärker diplomatisch als militärisch ausgerichtete Politik zu betreiben. Ob dies in den

außenpolitischen Entscheidungen der Regierung im Golfkonflikt tatsächlich eine Rolle gespielt hat, wie es der sozietale Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen annimmt (vgl. Wendt 1992; Boekle et al. 2001), lässt sich hier allerdings nicht klären.

Angst scheint ein Faktor zu sein, der Impulse zu Einstellungsänderungen verstärkt und daher zu großen Verschiebungen der öffentlichen Meinung beitragen kann. Politische Akteure könnten sich daher – im Einklang mit den eingangs angeführten Beispielen – versucht sehen, unter den Bürgern bewusst Angst zu erzeugen, um ihre Popularität zu steigern. Diese Strategie kann sich als richtig erweisen, muss es aber nicht: Angst machen, so könnte man das Eingangszitat aufgreifen, lohnt sich für politische Akteure nur dann, wenn sie Rezepte parat haben, die den in Angst versetzten Bürgern probat erscheinen, die Ursache der Angst zu beseitigen. Dabei muss an dieser Stelle ungeklärt bleiben, wie dauerhaft angstbedingte Einstellungsänderungen sind und inwieweit auch langfristig stabile Orientierungen beeinflusst werden. Sollte Angst gewöhnlich träge, kaum wandelbare Orientierungen, also etwa Parteibindungen, beeinflussbarer machen, dann wäre sie ein Faktor, der zur Erklärung grundlegender Verschiebungen der öffentlichen Meinung in Krisenzeiten beitragen könnte. Zugleich erschiene es etwa für Parteien noch attraktiver, gerade in Krisenzeiten, die Angst auslösen, möglichst kompetent zu erscheinen, um sich dauerhafte Vorteile im politischen Wettbewerb zu verschaffen. In diesem Fall wäre der demagogische Anreiz für politische Akteure, für ihre Zwecke bewusst Angst zu schüren, den die Ergebnisse nahe legen, noch wesentlich stärker ausgeprägt.

Die vorliegende Untersuchung, die nicht zuletzt wegen ihres sekundäranalytischen Charakters einige Fragen offenlassen musste, bietet Ansatzpunkte für die künftige Forschung. Neben der Erhebung von besser auf theoretische Konzepte zugeschnittenen Daten besteht ein wichtiges Desiderat darin zu untersuchen, wie dauerhaft Angsteffekte sind und inwieweit sie mit dem Grad und der Quelle der Angst sowie der Art politischer Orientierungen variieren. Zudem wäre zu fragen, inwieweit die Wirkung von Angst mit dem gesellschaftlichen und politischen Kontext, man denke an das Handeln politischer Akteure und die Medienberichterstattung, etwa die Konstruktion von Feindbildern, abhängt. Schließlich wäre es sinnvoll, die Prozesse der Angstverarbeitung mit Blick auf die politische Meinungsbildung genauer zu untersuchen und dabei Heterogenität der Bevölkerung im Hinblick auf Prädispositionen und Vorstellungsbilder zu berücksichtigen. In jedem Fall scheint es lohnend, künftig Angst und ihre Rolle für die politische Meinungsbildung intensiver zu untersuchen, als es bislang geschehen ist.

Literatur

- Adorno Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel, J./Sanford, R. Nevitt, 1950: The Authoritarian Personality. New York: Harper & Row.
- Altheide, David, 2002: Creating Fear, News and the Construction of Crisis, New York: de Gruyter.
- Bandura, Albert, 1979: Aggression – eine sozial-lerntheoretische Analyse: Stuttgart: Klett.
- Barth, Jürgen, 2000: Tabakprävention durch Angst. Die Wirkung furchtinduzierender Medien bei Jugendlichen, Münster u.a.: Waxmann.
- Beck, Aaron T., 1967: Depression: Causes and Treatment, Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Becker, Hellmut/Nedelmann, Carl, 1983: Psychoanalyse und Politik, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Boehnke, Klaus/Macpherson, Michael J., 1989: Zum Einfluß der atomaren Bedrohung auf das politische Engagement – Literaturüberblick und interkulturelle Vergleichsstudie, in: Boehnke, Klaus/Macpherson, Michael J./Schmidt, Folker (Hrsg.), Leben unter atomarer Bedrohung, Heidelberg: Asanger, 227-245.
- Boehnke, Klaus/Schwartz, Shalom H., 1997: Fear of War: Relations to Values, Gender, and Mental Health in Germany and Israel, in: Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology 3, 149-165.
- Boehnke, Klaus/von Fromberg, Egbert/Macpherson, Michael J., 1991: Makro-sozialer Streß im Jugendalter – Ergebnisse einer Wiederbefragung zu Kriegsangst und Angst vor Umweltzerstörung, in: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 40, 204-213.
- Boehnke, Klaus/Macpherson, Michael J./Meador, Margarete/Petri, Horst, 1989: How West German Adolescents Experience the Nuclear Threat, in: Political Psychology 10, 419-443.
- Boehnke, Klaus/Schwartz, Shalom/Stromberg, Claudia/Sagiv, Lilach, 1998: The Structure and Dynamics of Worry: Theory, Measurement, and Cross-National Replications, in: Journal of Personality 66, 745-782.
- Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang 2001: Soziale Normen und normgerechte Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie und deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 11, 71-103.
- Borkenau, Peter/Ostendorf, Fritz, 1993: NEO-Fünf-Faktoren Inventar (NEO-FFI) nach Costa und McCrae. Handanweisung. Göttingen, Bern, Toronto, Seattle: Hogrefe.

- Bowlby, John, 1973: *Attachment and Loss. Vol. 2: Separation: Anxiety and Anger*, Middlesex: Penguin Books.
- Braumoeller, Bear F., 2004: Hypothesis Testing and Multiplicative Interaction Terms, in: *International Organization* 58, 807-820.
- Brettschneider, Frank, 2002: *Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Brody, Richard A., 1991: *Assessing the President. The Media, Elite Opinion, and Public Support*, Stanford: Stanford University Press.
- Cacioppo, John T./Gardner, Wendi L., 1999: Emotion, in: *Annual Review of Psychology* 50, 191-214.
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E., 1954: *The Voter Decides*, Evanston, Ill.: Row, Peterson.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E., 1960: *The American Voter*, New York: John Wiley.
- Christie, Richard/Jahoda, Marie (Hrsg.), 1954: *Studies in the Scope and Method of "The Authoritarian Personality"*, Glencoe: Free Press.
- Durkheim, Emile, 1992 [1893]: *Über soziale Arbeitsteilung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Edwards, George C./Swenson, Tami, 1997: Who Rallies? The Anatomy of a Rally Event, in: *Journal of Politics* 59, 200-212.^
- Eichenberg, Richard, 2003: Gender Differences in Public Attitudes toward the Use of Force by the United States, 1990-2003, in: *International Security* 28, 110-141.
- Escalona, Sibylle K., 1963: Children's Responses to the Nuclear War Threat, in: *Children* 10, 137-142.
- Escalona, Sibylle K., 1975: Children in a Warring World, in: *American Journal of Orthopsychiatry* 45, 765.
- Eysenck, Hans Jürgen, 1968: A Theory of the Incubation of Anxiety/Fear Response, in: *Behaviour Research and Therapy* 6, 309-321.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald/Caballero, Claudio, 2000: Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts 'Parteidentifikation' in der Bundesrepublik, in: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 235-271.
- Flohr, Heiner, 1967: Angst und Politik in der modernen parlamentarischen Demokratie, in: Wiesbrock, Heinz (Hrsg.), *Die politische und gesellschaftliche Rolle der Angst*, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 43-53

- Gamson, William A./Modigliani, Andre, 1966: Knowledge and Foreign Policy Opinions: Some Models for Consideration, in: *Public Opinion Quarterly* 30, 187-199.
- Goldenring, John M./Doctor, Ron, 1986: Teen-Age Worry about Nuclear War: North American and European Questionnaire Studies, in: *International Journal of Mental Health* 15, 72-92.
- Hamilton, Scott B./Chavez, Ernest L./Keilin, William G., 1986: Thoughts of Armageddon: The Relationship between Attitudes towards the Nuclear Threat and Cognitive/Emotional Stability, in: *International Journal of Mental Health* 15, 189-207.
- Haste, Helen, 1989: Politisches Engagement gegen atomare Bedrohung: Erfolgreiche Angstbewältigung oder Zwischenschritt der Streßverarbeitung?, in: Boehnke, Klaus/Macpherson, Michael J./Schmidt, Folker (Hrsg.), *Leben unter atomarer Bedrohung*, Heidelberg: Asanger, 91-109.
- Hetherington, Marc J./Nelson, Michael, 2003: Anatomy of a Rally Effect: George W. Bush and the War on Terrorism, in: *PS: Political Science and Politics* 36: 37-42.
- Holst, Christian, 1998: Sicherheit und Bedrohung. Determinanten subjektiver Sicherheit in der Bundesrepublik zu Beginn der neunziger Jahre, Hamburg: Kovac.
- Holsti, Ole R., 2004: *Public Opinion and American Foreign Policy*, Rev. Ed., Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Hottinger, Arnold, 1991a: Die Golf-Krise am Rande des Krieges, in: *Europa-Archiv* 46, 1-6.
- Huddy, Leonie/Feldman, Stanley/Capelos, Theresa/Provost, Colin, 2002: The Consequences of Terrorism: Disentangling the Effects of Personal and National Threat, in: *Political Psychology* 23, 485-509.
- Huddy, Leonie/Feldman, Stanley/Lahav, Gallya/Taber, Charles, 2003: Fear and Terrorism: Psychological Reactions to 9/11, in: Norris, Pippa/Kern, Montague/Just, Marion (Hrsg.), *Framing Terrorism. The News Media, the Government and the Public*, New York and London: Routledge, 257-278.
- Huddy, Leonie/Feldman, Stanley/Taber, Charles/Lahav, Gallya, 2005: Threat, Anxiety, and Support of Antiterrorism Policies, in: *American Journal of Political Science* 49, 593-608.
- Jaccard, James, 2001: *Interaction Effects in Logistic Regression*, Thousand Oaks u.a.: Sage.
- Kaiser, Karl/Becher, Klaus, 1992: *Deutschland und der Irak-Konflikt: Internationale Sicherheitsverantwortung Deutschlands und Europas nach der deutschen Vereinigung*, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Bonn: Europa Union Verlag.
- Keilin, Wiliam (sic!) G./Hamilton, Scott B., 1989: Zum Umgang mit der Gefahr eines Atomkrieges: Eine Laboruntersuchung zu Abwehrprozessen und anderen emotionalen

- Reaktionen, in: Boehnke, Klaus/Macpherson, Michael J./Schmidt, Folker (Hrsg.), *Leben unter atomarer Bedrohung*, Heidelberg: Asanger, 127-148.
- Kohr, Heinz-Ulrich, 1983: Psychological Determinants of Perceived Military Threat. Evidences from 2 Empirical Studies in the FRG, in: Kohr, Heinz-Ulrich/Räder, Hans-Georg (Hrsg.), *New Social Movements and the Perception of Military Threat in Western Democracies*, München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 35-71.
- Lai, Brian/Reiter, Dan, 2005: Rally 'Round the Union Jack? Public Opinion and the Use of Force in the United Kingdom, 1948–2001, in: *International Studies Quarterly* 2005, 255-272.
- Laux, Lothar/Glanzmann, Peter/Schaffner, P /Spielberger, Charles D., 1981: *Das State-Trait-Angstinventar*, Weinheim: Beltz.
- Lazarus, Richard S., 1966: *Psychological Stress and the Coping Process*, New York: McGraw-Hill.
- Lazarus, Richard S., 1999: *Stress and Emotion: A New Synthesis*, New York: Springer.
- Lee, Jong R., 1977: Rally Around the Flag: Foreign Policy Events and Presidential Popularity, in: *Presidential Studies Quarterly* 7, 252-256.
- Lerner, Jennifer S./Keltner, Dacher, 2001: Fear, Anger, and Risk, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 81, 146-159.
- Lerner, Jennifer S./Gonzalez, Roxana M./Small, Deborah A./Fischhoff, Baruch, 2003: Effects of Fear and Anger on Perceived Risks of Terrorism: A National Field Experiment, in: *Psychological Science* 14, 144-150.
- Levy, Shlomit/Guttman, Louis, 1975: Structure and Dynamics of Worries, in: *Sociometry* 38, 445-473.
- Levy, Shlomit/Guttman, Louis, 1976: Worry, Fear, and Concern Differentiated, in: *The Israel Annals of Psychiatry and Related Disciplines* 14, 211-228.
- Marcus, George E./MacKuen, Michael B., 1993: Anxiety, Enthusiasm, and the Vote: The Emotional Underpinnings of Learning and Involvement During Presidential Campaigns, in: *American Political Science Review* 87, 672-685.
- Marcus, George E./Neuman, W. Russell/MacKuen, Michael, 2000: *Affective Intelligence and Political Judgment*, Chicago u.a.: University of Chicago Press.
- Miller, Warren E./Shanks, J. Merrill, 1996: *The New American Voter*, Cambridge/MA u. London: Harvard University Press.
- Mueller, John E., 1973: *War, Presidents, and Public Opinion*, New York: Wiley.

- Oesterreich, Detlef, 1996: Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion, Opladen: Leske und Budrich.
- Oesterreich, Detlef, 2005a: Autoritäre Persönlichkeitsmerkmale, politische Einstellungen und Sympathie für politische Parteien, in: Schumann, Siegfried/Schoen, Harald (Hrsg.), Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 243-261.
- Oesterreich, Detlef, 2005b: Flight into Security: A New Approach and Measure of the Authoritarian Personality, in: *Political Psychology* 26, 275-297.
- Oldhaver, Mathias, 2000: Öffentliche Meinung in der Sicherheitspolitik. Untersuchung am Beispiel der Debatte über einen Einsatz der Bundeswehr im Golfkrieg, Baden-Baden: Nomos.
- Palmbach, Ute/Kempf, Wilhelm, 1994: Die Konstruktion des Feindbildes Saddam, in: Kempf, Wilhelm (Hrsg.), Manipulierte Wirklichkeit. Medienpsychologische Untersuchungen der bundesdeutschen Presseberichterstattung im Golfkrieg, Münster: Lit, 58-81.
- Perger, Werner A., 2001: Angst machen lohnt sich. Hamburg-Wahl: 19,4 Prozent für „Richter Gnadenlos“ werden das politische Klima verändern, in: *Die Zeit*, Nr. 40/2001, 4.
- Poikolainen, K./Kanerva, R./Loennqvist, J., 1998: Increasing Fear of Nuclear War among Adolescents before the Outbreak of the Persian Gulf War, in: *Nordic Journal of Psychiatry* 52, 197-202.
- Rattinger, Hans, 1990: Einstellungen zur Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten: Ein Vergleich von Befunden und Strukturen in den späten achtziger Jahren, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen: Westdeutscher Verlag, 377-418.
- Ray, John J., 1985: The Punitive Personality, in: *Journal of Social Psychology* 125, 329-333.
- Richter, Horst-Eberhard, 1983: Psychological Effects of Living under the Threat of Nuclear War, in: Farrow, Stephen/Chown, Alex (Hrsg.), *The Human Cost of Nuclear War*, Cambridge: MCANW, 94-104.
- Rühl, Lothar, 1991: Der Krieg am Golf. Militärischer Verlauf und politisch-strategische Probleme, in: *Europa-Archiv* 46, 237-248.
- Schildkraut, Deborah J., 2002: The More Things Change... American Identity and Mass and Elite Responses to 9/11, in: *Political Psychology* 23, 511-535.
- Schoen, Harald/Weins, Cornelia, 2005: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 187-242.

- Schumann, Siegfried, 1990: Wahlverhalten und Persönlichkeit, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schumann, Siegfried, 2001: Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien, München u.a.: Oldenbourg.
- Schwartz, Shalom H./Sagiv, Lilach/Boehnke, Klaus, 2000: Worries and Values, in: Journal of Personality 68, 309-346.
- Schwebel, Milton, 1965: Nuclear Cold War: Student Opinions and Professional Responsibility, in: Schwebel, Milton (Hrsg.), Behavioral Science and Human Survival, Palo Alto, CA: Science and Behavior Books, 210-223.
- Schweigler, Gebhard, 1985: Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos.
- Schwenkmezger, Peter, 1985: Modelle der Eigenschafts- und Zustandsangst. Theoretische Analysen und empirische Untersuchungen zur Angsttheorie von Spielberger, Göttingen u.a.: Hogrefe.
- Seligman, Martin E.P., 1975: Helplessness: On Depression, Development, and Death, San Francisco: W.H.Freeman.
- Solantaus, Tytti, 1989: Die globale Lage – ein Bereich der Jugendentwicklung, in: Boehnke, Klaus/Macpherson, Michael J./Schmidt, Folker (Hrsg.), Leben unter atomarer Bedrohung, Heidelberg: Asanger, 111-125.
- Spielberger, Charles D., 1966: Anxiety and Behavior, New York: Academic Press.
- Spielberger, Charles D./Gorsuch, Richard L./Luchene, R E., 1970: Manual for the State-Trait Anxiety Inventory, Palo Alto: Consulting Psychologists.
- Sullivan, Harry Stack, 1964: The Fusion of Psychiatry and Social Sciences, New York: Norton.
- Sullivan, Denis G./Masters, Roger D., 1988: “Happy Warriors”: Leaders’ Facial Displays, Viewers’ Emotions, and Political Support, in: American Journal of Political Science 32, 345-368.
- Thearle, Leila/Weinreich-Haste, Helen, 1986: Ways of Dealing with the Nuclear Threat: Coping and Defense Among British Adolescents, in: International Journal of Mental Health 15, 126-142.
- Vertzberger, Yacoov Y. I., 1998: Risk Taking and Decisionmaking, Stanford: Stanford University Press.
- Watson, John B., 1924: Behaviorism, New York: Norton.

- Watson, David/Clark., Lee Anna/Tellegen, Auke, 1988: Development and Validation of Brief Measures of Positive and Negative Affect: The PANAS Scales, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 54, 1063-1070.
- Wendt, Alexander, 1992: Anarchy is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics, in: *International Organization* 46, 391-425.
- Wiesbrock, Heinz (Hrsg.), *Die politische und gesellschaftliche Rolle der Angst*, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Wilson, Glenn D., 1973: A Dynamic Theory of Conservatism, in: Wilson, Glenn D. (Hrsg.), *The Psychology of Conservatism*, London u.a.: Academic Press, 257-266.
- Yankelovich, Daniel/Doble, John, 1986: The Public Mood: Nuclear Weapons and the USSR, in: White, Ralph K. (Hrsg.), *Psychology and the Prevention of Nuclear War*, New York: New York University Press, 39-54.
- Zaller, John R., 1994: Elite Leadership of Mass Opinion: New Evidence from the Gulf War, in: Bennett, W. Lance/Paletz, David L. (Hrsg.), *Taken by Storm: The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War*, Chicago: University of Chicago Press, 186-209.

Anhang zu den Operationalisierungen

Angst

„Wenn Sie an den Krieg am Golf denken, empfinden Sie dann persönlich Angst oder empfinden Sie keine Angst?“ 0: nein, empfinde keine Angst; 1: ja, empfinde Angst.

Militärintervention der Alliierten

Januar: „Seit Donnerstag letzter Woche ist der Krieg am Golf in vollem Gange. Sind Sie mit dem militärischen Eingreifen der alliierten Streitkräfte unter Führung der Amerikaner einverstanden oder nicht einverstanden?“

Februar: „Wenn Sie einmal an den Krieg am Golf denken, waren Sie mit dem militärischen Eingreifen der alliierten Streitkräfte unter Führung der Amerikaner einverstanden oder nicht einverstanden?“ 0: nicht einverstanden; 1: einverstanden.

Einsatz deutscher Truppen

“Falls sich der Golfkrieg auf das Gebiet der Türkei ausdehnt, sollten dann die deutschen Soldaten, die dort stationiert sind, zur Verteidigung der Türkei eingesetzt werden oder sollten sie nicht eingesetzt werden?“ 0: sollten nicht eingesetzt werden; 1: sollten eingesetzt werden.

Truppeneinsatz: Für die in Tabelle 2 dokumentierte Analyse wurde aus den beiden vorausgegangenen Variablen ein Summenindex gebildet.

Politik der Bundesregierung zum Golfkrieg

„Wenn es um den Golfkrieg geht, sind Sie mit der Politik der Bundesregierung im großen und ganzen einverstanden oder sind sie nicht einverstanden?“ 0: nicht einverstanden; 1: einverstanden.

Haltung der SPD-Haltung zum Golfkrieg

„Und sind Sie mit der Haltung der SPD zum Golfkrieg im großen und ganzen einverstanden oder sind Sie nicht einverstanden?“ 0: nicht einverstanden; 1: einverstanden.

Parteiidentifikation

„In der Bundesrepublik neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie –

ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“ Es wurden Dummy-Variablen für Anhänger der SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen gebildet.

Zufriedenheit mit Bundesregierung

„Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung (CDU/CSU-FDP) in eher zufrieden oder eher unzufrieden. Bitte beschreiben Sie es wieder mit Thermometer von plus 5 bis minus 5.“
Recodierung auf Wertebereich 0 (sehr unzufrieden) bis 1 (sehr zufrieden).

Zufriedenheit mit Opposition

„Und wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den Leistungen der SPD in der Opposition in Bonn?“ Recodierung auf Wertebereich 0 (sehr unzufrieden) bis 1 (sehr zufrieden).

Sympathie für Parteien und Politiker

„Stellen Sie sich einmal ein Thermometer vor, das aber lediglich von plus 5 bis minus 5 geht, mit einem Nullpunkt dazwischen. Sagen Sie es bitte mit diesem Thermometer, was Sie von den einzelnen Parteien (von einigen führenden Politikern) halten.“ Recodierung auf Wertebereich von 0 (halte überhaupt nichts von der Partei (dem Politiker)) bis 1 (halte sehr viel von der Partei (dem Politiker)).

Alter: Das Alter ist in den verwendeten Daten nur gruppiert erfasst. Auf dieser Grundlage wurde für die einzelnen Altersgruppen Dummy-Variablen gebildet. Als Referenzkategorie dient die Gruppe der Personen, die 70 Jahre und älter sind.

Geschlecht: 0: männlich; 1: weiblich

Bildung: 0: höchstens Hauptschulabschluss; 0,5: mittlere Reife; 1: (Fach-)Abitur und mehr.

Tabelle 1: Wirkung von Angst auf die Einstellung zur Irak-Politik (Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern)

	US-Truppeneinsatz		Deutsche Truppen in die Türkei	
	Januar	Februar	Januar	Februar
Angst	-.39 (.22)	-.40* (.18)	-.38* (.17)	-.73*** (.16)
CDU/CSU-PID	.90** (.26)	1.19*** (.24)	.57** (.20)	.85*** (.21)
SPD-PID	-.32 (.22)	-.31 (.19)	-.09 (.19)	-.01 (.19)
FDP-PID	1.22* (.52)	1.04* (.45)	.23 (.35)	.35 (.42)
Grünen-PID	-1.41*** (.40)	-1.66*** (.41)	-.90* (.44)	-1.31** (.44)
Geschlecht	-.25 (.19)	-.57** (.17)	-.50** (.16)	-.52** (.16)
Alter (Referenz: 70 und älter)				
18-20 Jahre	1.56** (.59)	.54 (.51)	1.52** (.50)	1.36** (.50)
21-24 Jahre	.70 (.44)	.86* (.42)	.94* (.40)	1.25** (.39)
25-29 Jahre	1.22** (.38)	.89* (.36)	1.37*** (.36)	1.40*** (.34)
30-34 Jahre	.88* (.37)	1.14** (.37)	1.25** (.36)	1.24*** (.34)
35-39 Jahre	.75 (.39)	1.20** (.39)	1.20** (.36)	1.37*** (.35)
40-44 Jahre	1.35** (.42)	.79* (.35)	1.06** (.37)	1.10** (.33)
45-49 Jahre	1.17* (.46)	.41 (.39)	1.40*** (.39)	1.08** (.36)
50-59 Jahre	.99** (.38)	.26 (.33)	.65 (.34)	.21 (.32)
60-69 Jahre	.85* (.41)	.10 (.34)	.37 (.36)	.02 (.32)
Bildung	-.91*** (.22)	-.28 (.21)	-.15 (.19)	-.18 (.20)
Konstante	1.07** (.39)	.64* (.31)	-.41 (.35)	-.04 (.30)
-2LL	500.8	616.0	648.5	663.7
Korr. Pseudo-R ² (× 100)	6.7	8.4	3.4	8.2
N	978	1002	978	1002

Signifikanzniveaus: *: p < 0.05; **: p < 0.01; ***: p < 0.001.

Tabelle 2: Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zum Einsatz der Alliierten, zum Einsatz deutscher Soldaten in der Türkei sowie zur Haltung der SPD in Abhängigkeit von Parteiidentifikation und Angst (prognostizierte Wahrscheinlichkeiten auf der Basis der logistischen Regressionsmodelle in Tabelle 1 bzw. 3)

	Union-PID	SPD-PID	FDP-PID	Grüne-PID	Andere, keine
<i>Einsatz der Alliierten</i>					
Keine Angst	80	47	78	19	55
Angst	73	38	70	14	45
<i>Einsatz deutscher Soldaten in Türkei</i>					
<i>Januar</i>					
Keine Angst	56	40	48	23	42
Angst	47	31	38	17	33
<i>Februar</i>					
Keine Angst	61	39	48	15	40
Angst	43	24	31	8	24
<i>Bewertung der SPD-Haltung</i>					
Keine Angst	17	53	23	31	29
Angst	24	63	31	40	38

Für die Schätzung der Wahrscheinlichkeiten wurden das Alter und das Geschlecht auf die Modalkategorie und die formale Bildung auf das arithmetische Mittel gesetzt.

Tabelle 3: Wirkung von Angst auf die Einstellung zur Regierungs- und Oppositionspolitik im Golfkonflikt (Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern)

	Golfpolitik der Regierung		Golfpolitik der SPD-Opposition	
	1	2	3	4
Angst	-.16 (.16)	-.01 (.17)	.52** (.17)	.40* (.18)
CDU/CSU-PID	.85*** (.19)	.64** (.21)	-.80*** (.22)	-.64** (.23)
SPD-PID	-.06 (.18)	.01 (.19)	1.09*** (.20)	1.02*** (.20)
FDP-PID	.80* (.40)	.68 (.42)	-.22 (.42)	-.28 (.44)
Grünen-PID	-.96* (.38)	-.44 (.38)	.35 (.38)	.11 (.39)
Truppeneinsatz		.71*** (.11)		-.41*** (.11)
-2LL	678.5	642.9	648.2	614.0
Korr. Pseudo-R ² (× 100)	2.1	6.1	7.4	8.5
N	1002	945	1002	945

Signifikanzniveaus: *: $p < 0.05$; **: $p < 0.01$; ***: $p < 0.001$. Die Fragen zur Golfpolitik der Regierung und der SPD wurden nur im Februar 1991 gestellt. Ergebnisse in den Spalten 1 und 3 sind in Bezug auf Angst praktisch identisch, wenn nur Befragte betrachtet werden, die auch zu Truppenfragen gültige Werte aufweisen. Die Koeffizienten für Geschlecht, Alter und Bildung sind aus Platzgründen nicht ausgewiesen.

Tabelle 4: Wirkung von Angst auf die Einstellung zur Regierungs- und Oppositionspolitik bei Anhängern der Regierungs- und Oppositionsparteien (Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern)

	Golfpolitik der Regierung unter Regierungsanhängern	Golfpolitik der SPD-Opposition unter SPD-Anhängern
	Angst	-.09 (.30)
Korr. Pseudo-R ² (× 100)	-2.5	0.0
N	329	313

Die Koeffizienten für Geschlecht, Alter und Bildung sind aus Platzgründen nicht ausgewiesen.

Tabelle 5: Wirkung von Angst auf die Einstellung zu Regierung, Opposition und Politikern (Angaben: unstandardisierte Regressionskoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern)

	Zufriedenheit mit				Sympathie für		
	Koalition	SPD-Opposition	CDU	CSU	FDP	SPD	Grüne
Angst	.02 (.41)	.07 (.04)	.06 (.04)	-.01 (.04)	.00 (.04)	.08 (.04)	.12** (.05)
CDU/CSU-PID	.18*** (.38)	.05 (.03)	.24*** (.04)	.27*** (.03)	.04 (.04)	-.09** (.03)	-.13** (.04)
SPD-PID	-.12** (.04)	.13*** (.04)	-.07 (.04)	-.10* (.04)	-.06 (.04)	.19*** (.03)	.03 (.04)
FDP-PID	.04 (.05)	.03 (.06)	.09* (.05)	.07 (.06)	.29*** (.03)	-.01 (.06)	.02 (.07)
Grünen-PID	-.13 (.09)	.16** (.06)	-.15 (.09)	-.22** (.07)	-.03 (.06)	.14** (.05)	.20* (.09)
Golfpolitik Regierung	.14*** (.03)	.01 (.03)	.11*** (.03)	.06* (.03)	.10** (.03)	.04 (.03)	.05 (.03)
Golfpolitik SPD	-.02 (.04)	.17*** (.03)	-.02 (.03)	.02 (.03)	-.01 (.03)	.10** (.03)	.07 (.04)
CDU/CSU-PID × Angst	.03 (.05)	-.07 (.04)	.01 (.04)	-.04 (.05)	.06 (.05)	.02 (.05)	-.04 (.05)
SPD-PID × Angst	.07 (.05)	-.03 (.05)	-.07 (.05)	-.03 (.05)	.10* (.05)	-.02 (.04)	.01 (.06)
FDP-PID × Angst	.11 (.06)	-.08 (.09)	.08 (.07)	.06 (.08)	.04 (.05)	-.07 (.09)	.05 (.10)
Grünen-PID × Angst	.06 (.10)	-.09 (.08)	-.03 (.10)	.08 (.08)	.07 (.07)	-.03 (.06)	.08 (.10)
Golfpolitik Re- gierung × Angst	-.04 (.04)	.03 (.04)	-.01 (.04)	.07 (.04)	-.01 (.04)	-.08* (.04)	-.11** (.04)
Golfpolitik SPD × Angst	-.02 (.04)	-.10* (.04)	-.04 (.04)	-.08* (.04)	-.03 (.04)	-.02 (.04)	-.02 (.04)
Korr. R ² (× 100)	28.5	16.4	36.3	35.0	13.6	25.9	19.7
N	971	971	971	971	971	971	971

Signifikanzniveau: *: $p < 0.05$; **: $p < 0.01$; ***: $p < 0.001$. Die Koeffizienten für Geschlecht, Alter und Bildung sind aus Platzgründen nicht ausgewiesen.